

Agrosprit statt Nachhaltigkeit – EU schlingert im Fahrwasser der Industrie- und Agrarlobby

Stand: 16. September 2008

Es hat lange gedauert, nun ist es weltweit anerkannte wissenschaftliche Meinung: Agrosprit ist per se kein Klimaretter, sondern oft Klimakiller. Und noch eine zweite unbequeme Wahrheit ist offenkundig: Agrosprit treibt die Lebensmittelpreise weltweit in die Höhe – um 30 bis 75 Prozent, die Zahlen differieren je nach Studie¹. Das verschärft die Hungerkrise. Agrosprit steht damit dem Ziel der Vereinten Nationen, die Zahl der Hungernden bis zum Jahr 2015 zu halbieren, diametral entgegen. Die politischen Fronten in der EU und in Deutschland für eine Beimischungspflicht von Agrosprit in Höhe von 10 Prozent ab dem Jahr 2020 bröckeln zwar – doch gefallen sind sie trotz besseren Wissens noch nicht. Ab Oktober entscheiden der Rat der Energieminister und das Europäische Parlament über die Kraftstoff-Qualitäts-Richtlinie, in der Beimischungsziel und Nachhaltigkeitsregeln verankert werden. Der BUND fordert, die Beimischungsquote ganz zu kippen.

Hinter den Kulissen wird heftig lobbyiert, zumal global agierende Agrarhändler wie ADM, Bunge, Cargill, Raiffeisen ebenso wie zahlreiche Mineralölkonzerne viel investiert haben in Agrosprit-Plantagen, Raffinerien und Logistik. Finanziert wurde die Agrokraftstoffexpansion von zahlreichen international tätigen Banken. Aus Recherchen von Friends of the Earth Europe (FoEE) geht hervor², dass von den europäischen Banken allen voran die britische HSBC-Bank und die Deutsche Bank an der Finanzierung der Produzenten und Händler beteiligt sind. Aus Sicht der Investoren sollte die gesetzliche Beimischungspflicht für Agrosprit möglichst hoch sein, wirkt sie doch ähnlich wie eine Abnahmegarantie. Die Mineralölwirtschaft fürchtet zwar um ihre Gewinne aufgrund der steigenden Rohstoffpreise für Agrosprit. Doch sichert ihnen die Beimischungspflicht gleichzeitig zu, dass sie als faktische „Angebotsmonopolisten“³ dabei sind, wenn es etwas zu verdienen gibt. Die Autoindustrie hält sich die Option offen, mit technischen Verfahren eine CO₂-Reduktion auf 130 g CO₂/km und ergänzend unter anderem mit Agrosprit 120 g/km erreichen zu können. Doch parallel dazu übt sie massiv und erfolgreich Druck auf die Bundesregierung aus, um die CO₂-Vorgabe von 130 g/km im Jahr 2012 erheblich aufzuweichen.

Derzeit sieht es so aus, als würden die verschiedenen Industrievertreter ihre Schäfchen mit Hilfe der EU-Kommission, der französischen Ratspräsidentschaft und der deutschen Bundesregierung ins Trockene bringen.

Europäisches Parlament kritisch gegenüber Agrosprit

Vor den Kulissen bewegt sich dennoch etwas, vor allem im Europäischen Parlament (EP). Der BUND und andere Umwelt- und Entwicklungsorganisationen forderten mit zahlreichen Aktivitäten von den Abgeordneten, die Beimischungspflicht insgesamt zu stoppen. Die wegweisenden Ausschüsse für Umwelt und Industrie stimmten im Sommer 2008 mehrheitlich für ein Agrokraftstoff-Beimischungsziel von 5 Prozent bis 2015 und reduzierten die Zielsetzung der Kommission damit immerhin.

Dem Willen des Parlamentes nach soll von den 5 Prozent wiederum ein Fünftel aus Elektro-, Wasserstoffantrieb oder „Agrosprit der zweiten Generation“ stammen. Dies bedeutet faktisch eine Reduzierung des Anteils herkömmlicher Agrokraftstoffe auf 4 Prozent des Gesamtkraftstoffverbrauchs. Die Treibhausgasreduktion durch Agrosprit gegenüber fossilen Kraftstoffen soll mindestens 45 Prozent betragen und ansteigen auf 60 Prozent im Jahr 2015.

Damit ist zwar das Ziel von 10 Prozent Beimischung bis 2020 noch nicht gekippt, aber in die Debatte ist eine deutliche Abwärtsbewegung gekommen.

¹ „Another Inconvenient Truth“ Oxfam-Bericht, Juni 2008; www.oxfam.de/download/Inconvenient_Truth_Biofuels.pdf und

World Bank, 2008b, Mitchell, A note on rising food prices.

² „Sustainability as a smokescreen“, Friends of the Earth Europe, April 2008; www.foeeurope.org/agrofuels/sustainabilitysmokescreen/sustainability_smokescreen_fullreport_med_res.pdf

³ H. Scheer: „Stellungnahme zur zukünftigen Förderung von Biokraftstoffen“ 8.5.2006

EU-Regierungen für unzureichende Nachhaltigkeitsstandards

Die Debatte der EU-Regierungen um Nachhaltigkeits-Richtlinien gibt aktuell jenen Recht, die diese Richtlinie für ein gefährliches Feigenblatt halten. Anfang September unterbreitete die französische Ratspräsidentschaft erste Vorschläge. „Nachhaltiger“ Agrosprit soll demnach gegenüber Fossilen lediglich 35 Prozent CO₂ einsparen. Umweltverbände hatten mindestens 50 bis 60 Prozent Reduktion gefordert. Zu dieser Halbierung der Treibhausgase soll es aber, wenn überhaupt, frühestens im Jahre 2017 kommen. Dieser Vorschlag der EU-Regierungen kommt den europäischen Rapsproduzenten sehr entgegen. Wegen der schlechten Treibhausgasbilanz von Rapskraftstoff würde Raps bei ambitionierten CO₂-Reduktionsstandards aus dem Markt für Beimischungskraftstoffe herausfallen. So mancher Anbieter von Agrosprit rechnet sich anhand der Reduktionshöhe aus, ob er mit seinem Produkt einen Marktanteil erhält – und kämpft darum.

Vor diesem Hintergrund sind bei der Aufstellung der Nachhaltigkeitsrichtlinie aktuell die Berechnungsmethoden für die Klimabilanz besonders heiß umstritten. So stellt Chemie-Nobelpreisträger Paul J. Crutzen⁴ Biodiesel aus Raps eine 1,7 Mal schlechtere Klimabilanz aus als fossilen Treibstoffen, dies vor allem wegen der Lachgasemissionen. Anderen Berechnungen zufolge können mit Rapsdiesel Treibhausgase reduziert werden, wenn z.B. statt Kunstdünger mehr Gülle eingesetzt wird. Doch wer soll kontrollieren, ob auf dem Acker mehr mit dem Güllefass als mit dem Düngerstreuer ausgebracht wurde? Das Geschacher um die CO₂-Reduktion darf nicht dazu führen, dass sich die Regierungen auf ein „Gesundrechnen“ von klimaschädlichen Agrokraftstoffen einlassen.

Die Bundesregierung will Agrospritanbietern unter bestimmten Voraussetzungen sogar einen Klimagas-Bonus ermöglichen. Aus Umweltsicht wären stattdessen Maßgaben für eine echte CO₂-Bilanz und einen wirksamen Ausschluss von Agrosprit nötig, der gegenüber fossilen Kraftstoffen nicht einmal zwei Drittel der Treibhausgase einspart. Bisher sollen zum Beispiel indirekte Landnutzungsänderungen gar keine Berücksichtigung in der Klimabilanz finden. Gerade von indirekten Landnutzungsänderungen aber gehen gewaltige Treibhausgasemissionen aus, etwa wenn Futtermittelanbauflächen Palmölplantagen weichen müssen und dann in Regenwaldgebiete oder auf Torfmoorflächen verlegt werden. Um diese gravierenden negativen Klimawirkungen von Agrarkraftstoffen zu berücksichtigen, schlägt Großbritannien vor, Treibhausgase, die durch indirekte Landnutzungsänderungen entstehen, in die CO₂-Bilanz von Agrosprit einzurechnen. Der BUND fordert von der Bundesregierung, den neuen britischen Vorschlag zu unterstützen.

Wegsehen fester Bestandteil der Nachhaltigkeits-Richtlinie

Auch wenn das EP in Ansätzen bessere Standards vorschlägt als die Regierungen, klaffen nach wie vor große Lücken in den Nachhaltigkeits-Vorschlägen. So soll etwa die Kommission erst in sechs Jahren dorthin schauen, wo es weht tut: Auf die Regenwaldabholzung und die Preissteigerungen durch Agrosprit. In Indonesien, Malaysia, Brasilien und Kolumbien zum Beispiel wird heute bereits massiv Regenwald für Palmöl, Zuckerrohr und Soja abgeholzt, während parallel meist in Hafennähe die bislang weltgrößten Agrosprit-Raffinerien für die Verarbeitung gebaut werden. Dokumentiert ist dies gerade in Regionen wie dem Amazonasbecken, die als weltweite Zentren der Biodiversität bekannt sind. In vielen Ländern Afrikas und Asiens kommt es immer wieder zu Hungeraufständen. Rund drei Viertel der Hungernden leben in ländlichen Regionen – jedoch oft ohne eigenes Land. In Brasilien und Argentinien stieg die Zahl der gewalttätigen Auseinandersetzungen um Landrechte binnen zwei Jahren regional auf das Doppelte an. Die zentrale Ursache für die Landkonflikte zeigt das Beispiel Brasilien/ Mato Grosso: Acker, der im Zuge von Landreformen an Landlose vergeben werden sollte, wird nun als ‚ungenutztes‘ Land an Agrokraftstoff-Ölmühlen und Plantagenbetreiber vergeben⁵. Der Ausbau von Agrosprit-Plantagen für europäische Tanks bringt vielerorts Landreformen ins Stocken und ist somit schon heute mitverantwortlich für Ernährungskrisen und anhaltende Armut. Gleichwohl weist die brasilianische Regierung reichlich „ungenutztes“ Land für Agrartreibstoffe aus und stellt sich Deutschland und anderen Abnehmern gegenüber so als besonders nachhaltig dar. Die Bundesregierung scheint nur zu gern bereit, allen Versprechungen ohne Prüfung zu glauben, geht es doch beim Agrospritanbau in Brasilien auch um die Interessen der Investoren aus Deutschland.

Auch in Afrika wehren sich die Betroffenen gegen den Ausverkauf ihres Landes für Agrokraftstoff. Im August hat sich ein breites Bündnis von afrikanischen Umwelt-, Frauen-, Entwicklungsorganisationen bis hin zu lokalen Biokraftstoffproduzenten in Abuja/ Nigeria mit einem gemeinsamen Kommuniqué⁶ an die Afrikanischen Regierungen gewandt. Sie fordern, den Agrospritanbau für den Export zu stoppen zugunsten der Ernährungssicherung der afrikanischen Bevölkerung.

⁴ P. J. Crutzen, A. R. Mosier, K. A. Smith, and W. Winiwarter: "N₂O release from agro-biofuel production negates global warming reduction by replacing fossil fuel, 2008

⁵ <http://www.foeeurope.org/agrofuels/fuellingdestruction.html>

⁶ http://eraction.org/publications/foeafrica_abuja_communique.pdf

- Grundlegende Überarbeitung und Verbesserung der Nachhaltigkeitskriterien und -standards
- Ein Moratorium für den Import von Agrarkraftstoffen
- Eine verbindliche Verbesserung der Anbaustandards in der europäischen Landwirtschaft hinsichtlich des Klima- und Artenschutzes
- Ein Stopp der Exportorientierung der Fleisch- und Milchwirtschaft
- Eine von der EU angeführte Auseinandersetzung über verbindliche Sozialstandards im Welthandel

Kontakt und weitere Informationen:

BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Reinhild Benning

Referat Landnutzung

Am Köllnischen Park 1

10179 Berlin

Tel.: 030/2 75 86-481

reinhild.benning@bund.net